

Gelb gegen orange - Der Tonnen-Wahn

Schon wieder eine neue: Die Bundesregierung will Haushalte jetzt auch noch mit einer Tonne für Wertstoffe beglücken. Noch ist unklar, welche Abfälle dort überhaupt hinein sollen. Doch private Entsorger und Städte wittern bereits ein Milliardengeschäft - und streiten sich über die Müllhoheit.

Die Schwarze hat jeder, von der Braunen kann sich befreien lassen, wer einen Komposthaufen besitzt, die Blaue ist in einigen Gemeinden grün, und die Gelbe gibt es auch in der Variante „Sack“. Es ist nicht gerade so, als ob es in Deutschland einen Mangel an verschiedenfarbigen Mülltonnen gäbe. Und trotzdem könnte schon bald eine neue Tonne das Spektrum in Deutschlands Vorgärten und Hinterhöfen erweitern.

„Wertstofftonne“ soll sie heißen und nach dem Willen der Bundesregierung spätestens 2015 vor jeder Haustür stehen. Ziel ist es, mehr Müll wiederzuverwerten und dadurch wertvolle Rohstoffe zu sparen. „Urban Mining“ nennen das die Fachleute - städtischer Bergbau. Bis zu sieben Kilogramm Abfälle pro Einwohner könnten laut einer Studie des Umweltbundesamtes zusätzlich wiederverwertet werden, wenn die neue Tonne komme.

Neben dem Verpackungsmüll mit dem Grünen Punkt, der bisher in den gelben Sack oder in die gelbe Tonne wandert, sollen auch so genannte „stoffgleiche Nichtverpackungen“ in der Wertstofftonne entsorgt werden.

Darunter fallen zum Beispiel ein kaputtes Küchensieb, eine ausgediente Bratpfanne oder eine abgelegte Spielzeugpuppe. Zwar entsorgen viele Bürger diesen Müll bereits jetzt im gelben Sack, weil sie beim Sortieren auf das Material und nicht auf den Grünen Punkt achten. Erlaubt sind solche „intelligenten Fehlwürfe“ aber bislang nicht. Durch die Einführung der Wertstofftonne soll diese weitverbreitete Entsorgungspraxis legalisiert werden.

Noch nicht entschieden ist, ob die Wertstofftonne auch alte Elektrogeräte wie Computermäuse, Radios oder Handys schlucken soll. Diese müssen bis jetzt – genauso wie Großgeräte - in den Wertstoffhöfen abgegeben werden, landen aber oft in der Restmülltonne. Nach Schätzungen werden rund 60 Prozent der Altgeräte über den Hausmüll entsorgt und enden damit in der Müllverbrennung. Dabei gehen wahre Schätze verloren, denn in vielen Elektrogeräten sind wertvolle Edelmetalle und Seltene Erden verbaut.

Ebenfalls noch völlig offen ist die Frage, welche Farbe die neue Tonne haben soll. „Das ist definitiv noch nicht raus“, sagt Franziska Krüger vom Umweltbundesamt, „dafür ist es viel zu früh.“

Es mag banal klingen, aber das Thema ist heikel. Denn zwischen Städten und privaten Entsorgern tobt ein Kampf darum, wer das Milliardengeschäft mit der neuen Tonne machen wird, und die Farbgebung ist längst zu einem Symbol geworden.

Gelb steht für die privaten Entsorger, die für eine „Gelbe Tonne Plus“ werben. Heißt: Alles bleibt im Prinzip wie es ist, nur dass Quietscheente, Bobbycar und Kochtopf auch über die Gelbe Tonne entsorgt werden. „Für die Bürger und für die Industrie wäre es die einfachste Lösung, die Gelbe Tonne zur einheitlichen Wertstofftonne zu erweitern“, sagt Stefan Schreiter, Geschäftsführer des Dualen Systems Deutschland.

Man könne auf eine funktionierende Infrastruktur zurückgreifen, die sich in den vergangenen 20 Jahren bewährt habe. „Der Bürger würde über geringere Kosten für die Restmüllentsorgung profitieren“, sagt Schreiter.

Die Kommunen sehen das ganze anders. Sie wollen die Gelbe Tonne abschaffen und stattdessen eine Wertstofftonne in eigener Regie einführen. Diese könnte orangefarben sein - nach dem Vorbild Berlins, wo die kommunale Stadtreinigung bereits eine Wertstoffbox eingeführt hat. „Wir sind der Überzeugung, dass die Entsorgung von Hausmüll Teil der Daseinsvorsorge ist und daher in der Verantwortung der Städte liegen sollte“, sagt Simon Burger vom Deutschen Städte- und Gemeindebund.

Käme die orangefarbene Tonne, würden die Städte die Verantwortung für das Einsammeln der Plastik- und Metallabfälle übernehmen. Die Müllmenge müssten sie dann entsprechend dem Anteil an Verpackungs- und Haushaltsmüll mit den privaten Entsorgern teilen.

Die kommunalen Spitzenverbände argumentieren damit, dass Gewinne aus der Vermarktung der Wertstoffe in die Kalkulation der Müllgebühren einfließen, wenn sie die Regie übernehmen. „Das käme dann zu 100 Prozent den Bürgern zugute“, sagt Burger.

Wer sich in dem Milliardenpoker durchsetzt, ist noch völlig offen. Zurzeit findet unter der Federführung des Umweltbundesamtes ein Planspiel statt, bei dem Bund, Wirtschaft und Kommunen beide Varianten prüfen wollen. Bereits im Sommer sollen erste Ergebnisse vorliegen. Auf deren Basis wird dann eine Entscheidung fallen.

Fundstelle:

Spiegel-Online vom 2. April 2011